



Das Klimaabkommen von Paris erfordert eine Annäherung der EU-Mitgliedsstaaten

Das Abkommen von Paris zur Umsetzung des Rahmenübereinkommens über Klimaveränderungen ist am 4. November 2016, weniger als ein Jahr nach der COP21, in Kraft getreten, nachdem die im Abkommen festgelegte Mindestzahl an Staaten, die es ratifiziert haben und die für eine Mindestmenge an Treibhausgasemissionen verantwortlich sind, erreicht worden ist.

Die Ratifizierung des Abkommens durch China und die USA anlässlich des G20-Gipfels im September war für die Umsetzung ein großer und unerwarteter Schritt nach vorne. Der Europäische Rat wurde davon überrascht und hat daher am 30. September ein bislang beispielloses Ratifikationsverfahren zugelassen, um zu vermeiden, dass die EU einem Abkommen beitrifft, das bereits ohne sie in Kraft getreten ist, und dadurch einen Prestigeverlust erleidet: Er hat es den Mitgliedstaaten der EU erlaubt, ihre Ratifikationsurkunden nach der jeweiligen Parlamentsabstimmung im Gegensatz zum üblichen Verfahren nicht zeitgleich zu hinterlegen. Ziel war es, dass Europa bei dieser globalen Herausforderung der kommenden Jahrzehnte auch künftig einen gebührenden Platz einnimmt, wenn auch um den Preis eines geringeren inneren Zusammenhalts¹. Das Ziel dieses Vermerks ist es, eine Debatte über die Möglichkeiten, die sich für die EU aus dem Inkrafttreten des Pariser Abkommens ergeben, anzustoßen.

Unsere Überlegungen beziehen sich auf folgende Punkte:

- 1- Eine massive Veränderung der Faktenlage und der Vorhersagen innerhalb der letzten drei Jahren
- 2- Der europäische Emissionshandelsmarkt, der tiefgreifend reformiert werden muss
- 3- Der falsche Ansatz der „Lastenteilung“ und absehbare Meinungsverschiedenheiten
- 4- Veranschaulichung der verschiedenen Sichtweisen an den Beispielen von Frankreich und Deutschland
- 5- Strategische Überlegungen und Vorschläge für Frankreich

¹ Es wird darauf hingewiesen, dass die Zuständigkeit der EU in Klimafragen auf einer „bubbling“ genannten Bestimmung des Kyoto-Protokolls beruht, die es Staaten erlaubt, sich zusammen zu tun, um gemeinsam ihre Verpflichtungen zu formulieren und sie gemeinsam zu erfüllen. Von dieser Bestimmung wurde aufgrund der zahlreichen Verzögerungen bei der Verhandlung und der Ratifikation des Pariser Abkommens Gebrauch gemacht.

Wir arbeiten für jeden Bereich Vorschläge aus, die in der Schlussfolgerung noch einmal zusammengefasst werden, um eine anschließend Diskussion anzustoßen.

1. Eine massive Veränderung der Faktenlage und der Vorhersagen innerhalb von drei Jahren

Mit dem Abkommen von Paris hat sich die Weltgemeinschaft endlich eingestanden, wie dringlich die Klimafrage ist. Bevor die Folgen der bei der COP 21 getroffenen Entscheidungen analysiert werden, soll kurz an die Fakten und Erwartungen erinnert werden, die die Reflexionsgrundlage der Klima- und Energiefragen in dieser entscheidenden Phase tiefgreifend verändert haben.

Geht man bis Ende 2013, also drei Jahre zurück, so teilte das Kyoto-Protokoll, das damals weltweit der einzige politische Rahmen für den Kampf gegen die Erderwärmung war, die Welt grob in drei Gruppen ein: die Industrieländer, die das Kyoto-Protokoll unterzeichnet hatten und bereit waren, sich auf umfassende und kostspielige Maßnahmen zu einigen (EU, Japan, Kanada); die Verweigerer (allen voran die USA), die vor allem darauf setzten, dass die Gesetze des Marktes zum erforderlichen Verhalten führen würden; und schließlich die Schwellenländer, denen das Kyoto-Protokoll ein gewisses Polster an Emissionsrechten zusicherte, um ihre wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben, sowie Unterstützungsmaßnahmen, damit sie sich allmählich den künftigen Standards annähern können.

Die EU als Stützpfeiler des Kyoto-Protokolls hatte sich 2008 beim Energie- und Klimapaket für 2020 zwar entschlossen gezeigt, was die bekannt gegebenen Selbstverpflichtungen angeht, war dabei aber noch nicht ausreichend auf die Klimafrage fokussiert. Die Formulierung der sog. „3X20“, dreier symbolischer, aber wenig konkreter Ziele, war Ausdruck eines den Status quo „erhaltenden“ (aber nicht die Umwelt „bewahrenden“) Ansatzes, der sich - da weder Wissenschaft noch Wirtschaft die Zukunft genauer vorhersagen konnten - zunächst auf die drei zusammenhängenden Themen Erderwärmung, Energieeffizienz und Entwicklung Erneuerbarer Energien richtete.

Innerhalb von drei Jahren hat sich diese Ausgangssituation, die wir hier sehr vereinfacht dargestellt haben, tiefgreifend verändert:

- Der 5. Bericht des IPCC von Anfang 2015 beschrieb ein extremes Szenario, das die weltweite Erderwärmung bis zum Jahr 2100 auf einen Anstieg um fast 6 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter schätzte. Diese Annahmen gelten mittlerweile als solide und finden in der akademischen Welt immer mehr Zustimmung.
- Der Ölpreis ist ab Mitte 2014 abgestürzt, rutschte Anfang 2015 unter die 50-Dollar-Marke und pendelt seitdem um diesen Wert herum. Dies liegt in erster Linie an den großen Mengen an Erdöl aus Muttergestein, die auf den nord-amerikanischen Markt gespült worden sind, aber auch an einem Zusammenspiel mit anderen Märkten.
- Dieser Preisverfall hat sich dann auf alle Energieträger ausgeweitet.

- Der Einzelpreis bei der Erzeugung von Erneuerbaren Energien ist weiter gefallen, so dass sich ihre Entwicklung trotz des allmählichen Auslaufens der Subventionen beschleunigt hat. Dies reicht allerdings noch nicht aus, um den durch die bevorstehende Klimaänderung erforderlichen Bedarf zu decken, da schon die Ausgangssituation der Erneuerbaren Energien sehr schwach war.
- Großbritannien hat sich überraschend für eine Subventionierung von Atomstrom in Form einer Preisgarantie entschieden. Zudem ist in Ländern mit Staatsunternehmen das Interesse an Atomstrom gestiegen. Dennoch trägt auch diese Energieform nicht mehr zur Antwort auf die drängenden Klimafragen bei als die Erneuerbaren Energien.

Es ist klar, was daraus an notwendigen operationellen Entscheidungen folgt. Die Antwort auf den Klimawandel ist so dringend, dass sie nicht warten kann, bis sich Energie ausreichend verteuert hat oder bis die Erneuerbaren Energien oder andere vielversprechende Technologien sich ausreichend verbreitet haben.

Der kleine Kern an Unterzeichnerstaaten des Kyoto-Protokolls ist durch eine größere Gruppe von Ländern ersetzt worden, die das klare, wenn auch unterschiedlich ausgeprägte Bewusstsein des drängenden Klimawandels eint und die verstanden haben, dass reichlich vorhandene, billige Energie nicht zu ihrem hemmungslosen Verbrauch führen darf. Alle Länder, von den Fortschrittlichsten bis hin zu den Ärmsten, müssen nun ihren ganzen Einfallsreichtum anwenden, um auf fossile Energieträger zu verzichten und so einen Beitrag zur Rettung des Klimas zu leisten.

Sowohl das Abkommen selbst als auch die es begleitenden Entscheidungen der COP 21 erklären die Verknappung von Primärenergieträgern und die Förderung Erneuerbarer Energien implizit zu Mitteln der Emissionssenkung. Das entspricht auch der Aussage des Kyoto-Protokolls, das diese Mittel ebenfalls als Beispiele nannte und ihre Umsetzung den Staaten überließ.

Dieser neue Kontext erfordert ein Nachdenken in der EU:

- Der Markt für CO₂-Emissionszertifikate (EU ETS, European Union Emission Trading System) hat bisher nicht zu einem CO₂-Preis geführt, der seinen Zielen gerecht wird.
- Die Maßnahmen der Mitgliedstaaten bezüglich der drei Ziele müssen sich vor allem am Maßstab der Emissionssenkung um 40% bis 2030 orientieren.
- Ebenso muss den Mitgliedstaaten die Einschätzung überlassen bleiben, ob sie an dem Ziel festhalten wollen, sowohl die Energieeffizienz als auch den Anteil der Erneuerbaren Energien im Energiemix um 27% zu erhöhen, und wie dieses Ziel ggfs. umgesetzt werden kann.
- Es stellt sich die Frage, ob der strukturelle Rückgang der Großhandelsstrompreise, der zusammen mit dem vorherrschenden kurzfristigen Großhandel auf dem europäischen Markt die hohen, für die Dekarbonisierung notwendigen Investitionen verhindert, wirklich nur die Konsequenz außerhalb der EU liegender Ursachen ist oder ob es nicht auch interne Ursachen gibt.
- Eine weitere Frage ist, ob künftig Lieferaufträge gemeinsam oder getrennt vergeben werden sollten.

Schließlich sollte die EU sowohl aufgrund der hohen Dringlichkeit als auch der immer schnelleren diplomatischen Agenda den Zeitfaktor in ihren Verfahren stärker berücksichtigen.

2. Der EU-weite Emissionshandelsmarkt, der tiefgreifend reformiert werden muss²

Der europäische Emissionshandelsmarkt (nachfolgend EU ETS³) wird zwar oft kritisiert, man muss ihm aber zugutehalten, dass er überhaupt existiert. Technisch gesehen, d.h. im Sinne der Marktmechanismen, funktioniert der EU ETS: 50 % der Zertifikate werden durch Versteigerung zugeteilt. Die Risiken einer Verlagerung von Emissionen in Drittländer (bei Stahl, Zement, Papier oder der Chemieindustrie) werden besonders berücksichtigt. Es gibt nur noch einen einzigen Handelsplatz, die *European Energy Exchange* in Leipzig, was für eine transparente Verwaltung der Emissionsrechte sorgt und die Betrugsrisiken deutlich minimiert.

Die Gratiszuteilung von Emissionzertifikaten („allowances“), die die negativen Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie mit der Zeit ausgleichen sollte, waren allerdings zu großzügig, während gleichzeitig die CO₂-Emissionen durch die Wirtschaftskrise sanken. Daraus ergab sich ein großer Überschuss an Emissionzertifikaten, der auf etwa einen Jahreswert an Emissionen geschätzt wird⁴. Dieser Vorrat, vom dem sich ein Teil noch in der Hand der Wirtschaftsakteure befindet, kann noch bis 2020 wieder auf den Markt gebracht werden und damit die Preise drücken. Von 30 Euro pro Tonne CO₂ ist der Preis eines Zertifikats auf weniger als 5 Euro gefallen. Heute hat er sich bei etwa 6 Euro stabilisiert. Laut Vorhersagen wird der Preis im Jahr 2050 bei etwa 12 Euro pro Tonne CO₂ liegen⁵ und das sicherlich mit einer erhöhten Volatilität. Ohne eine Reform ist ein deutlicher Anstieg dieses Preises für die kommenden Jahre nicht absehbar.

Die Überlegungen, die Zuteilung der Zertifikate wie von Frankreich vorgeschlagen dynamisch zu gestalten, z.B. anhand eines Preiskorridors für Zertifikate, sind derzeit am ehesten dazu geeignet, einen ausreichend hohen CO₂-Preis zu erreichen, um die Treibhausgasemissionen wie geplant reduzieren und gleichzeitig auf eine Energiekrise reagieren zu können.

Dieses Instrument könnte auf einer dynamischen Zuteilung der Zertifikate basieren und von Faktoren abhängig gemacht werden, die die Nachfrage nach Emissionzertifikaten beeinflussen (Wirtschaftswachstum, nationale Maßnahmen zur Reduzierung von Emissionen usw.). Die Idee ist an den Emissionsmarkt in Nordamerika angelehnt, wo ein Abgabepreis für die Versteigerungen eingeführt worden ist, so dass das Inverkehrbringen der nicht verkauften Menge an Emissionzertifikaten zurückgehalten werden kann, wenn der Mindestpreis nicht

²Mehr Details zum Thema finden Sie im Vermerk FJJ n°226 [http://www.jean-jaures.org/Publications/Notes/Comment-corriger-la-politique-europeenne-de-lutte-contre-les-emissions-de-CO₂/\(language\)/fre-FR](http://www.jean-jaures.org/Publications/Notes/Comment-corriger-la-politique-europeenne-de-lutte-contre-les-emissions-de-CO2/(language)/fre-FR) sowie im Vermerk vom 7. Juli 2016 <https://jean-jaures.org/nos-productions/sortir-de-l-economie-carbonee-a-quel-prix>.

³ *European Union Emission Trading System*: Das Europäische Emissionshandelssystem.

⁴ S. die Erklärung von 6 Ministern der EU vom 23. Februar 2015.

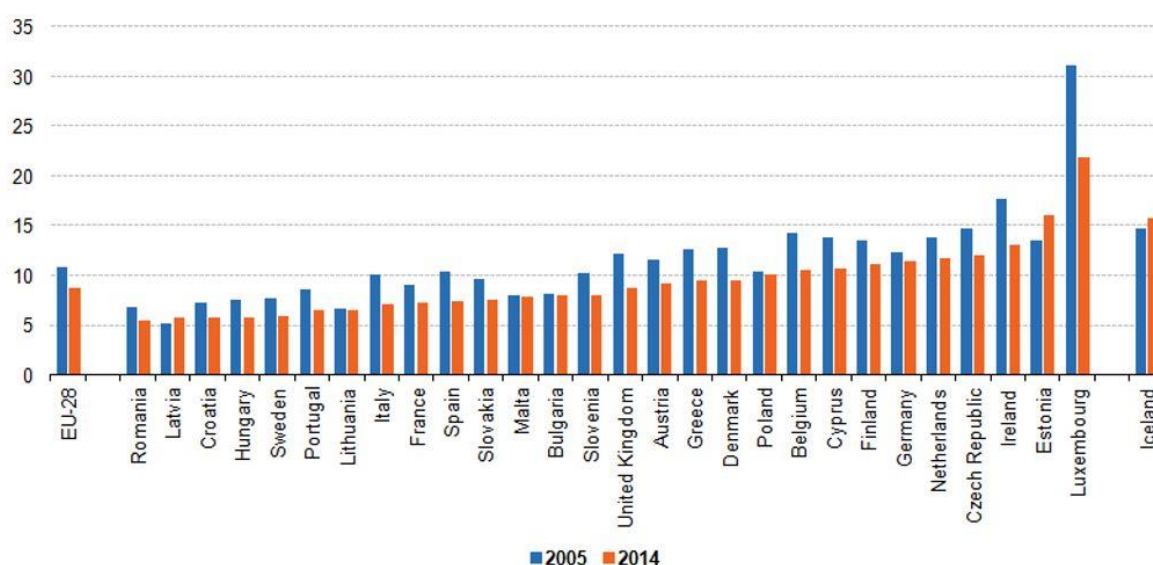
⁵ S. vor allem die Studie Thomson Reuters 2014.

erreicht wird; wird dagegen der Höchstpreis erreicht, werden die Zertifikate wieder auf den Markt gebracht.

Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass der französische Vorschlag bislang wenig Unterstützung erfahren hat.

3. Die „Lastenteilung“ ist der falsche Ansatz und würde zu großen Meinungsverschiedenheiten führen

2014 sah der Vergleich der Treibhausgasemissionen pro Kopf wie folgt aus:



(¹) Total emissions, including international aviation and indirect CO₂, but excluding emissions from land use, land use change, and forestry (LULUCF)

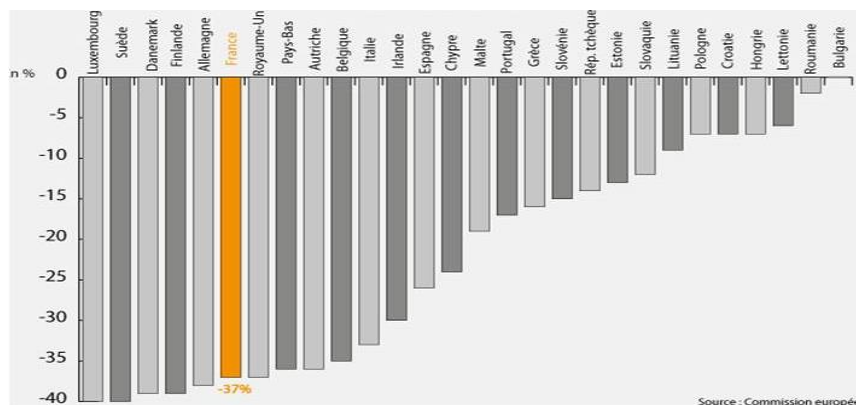
Der europäische CO₂-Handelsmarkt deckt nur etwa die Hälfte der CO₂-Emissionen der Europäischen Union ab. Er ist zwar vor kurzem um die Branchen der Erdölchemie, der Aluminiumindustrie und der innereuropäischen Luftfahrt erweitert worden. Allerdings bleiben die Branchen Verkehr und Bau, bei denen die Emissionen nicht klar abgegrenzt werden können und daher schwer messbar sind, noch außen vor. Die Regulierung dieser Branchen durch die EU unterliegt einem Mechanismus allgemeiner Verpflichtungen, genannt „Effort Sharing Decision“ (nachfolgend ESD).

Die Lastenteilung zwischen den Mitgliedstaaten, sowohl in den Branchen des EU ETS, als auch in denen des ESD, spiegelte bisher den Mechanismus des Kyoto-Protokolls wider: Sie gewährte einerseits Bestandsschutz („grandfathering“), bot andererseits aber besondere Regelungen für die ehemaligen Ostblock-Länder.

Nach der Annahme des Pariser Abkommens hat die Europäische Kommission am 20. Juli vorgeschlagen, in den Branchen außerhalb des EU ETS, d.h. unter Ausklammerung der Großindustrie und der Stromerzeuger, die **Lasten der Reduzierung der Treibhausgasemissionen unter den Ländern aufzuteilen**, indem sie sich für das eher konservative

Kriterium des **Wohlstands der Mitgliedstaaten, gemessen nach dem BIP**, entschieden hat.

Vorschlag zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen in den Branchen außerhalb des ETS für 2021-2030



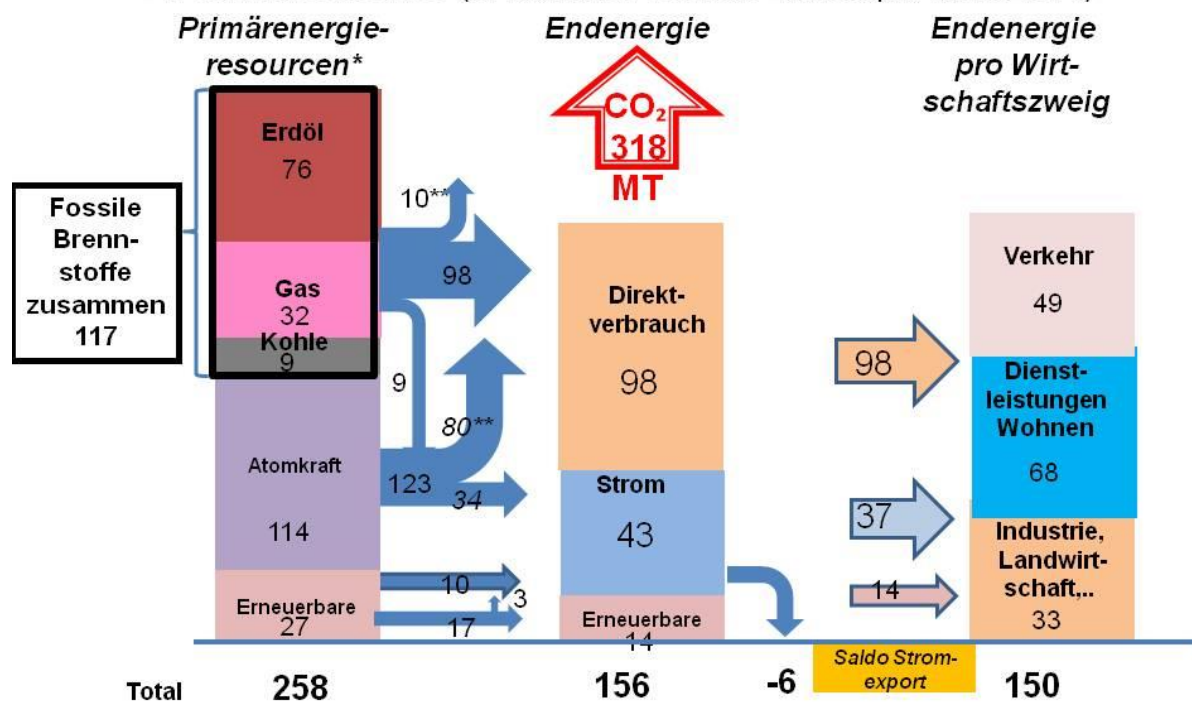
Danach würde für Frankreich ein Ziel (-37%) von der Größenordnung der nordeuropäischen Länder gelten, von denen Deutschland an erster Stelle stünde (-38%).

In dieser Aufteilung der zu erreichenden Werte ist keine sinnvolle Annäherungsstrategie zu erkennen: Die ursprünglichen Differenzen könnten sich so noch verschärfen statt sich zu verringern; dies könnte wiederum zu größeren Betrugsaktivitäten und damit zu einer Krise führen, auf die die EU gut verzichten kann. Daher muss nun schnell ein Indikator für eine wirklich gerechte Lastenteilung gefunden werden, die auf die Lage jedes Mitgliedsstaates Rücksicht nimmt.

4. Veranschaulichung der verschiedenen Sichtweisen an den Beispielen von Frankreich und Deutschland

Schauen wir uns nun die Situation anhand der Beispiele von Frankreich und Deutschland an, die zwei verschiedene, manchmal sogar gänzlich gegensätzliche Wege der Energiewende gehen.

Vereinfacht dargestellte Energiebilanz Frankreichs (in Millionen Tonnen Erdöläquivalent 2014)



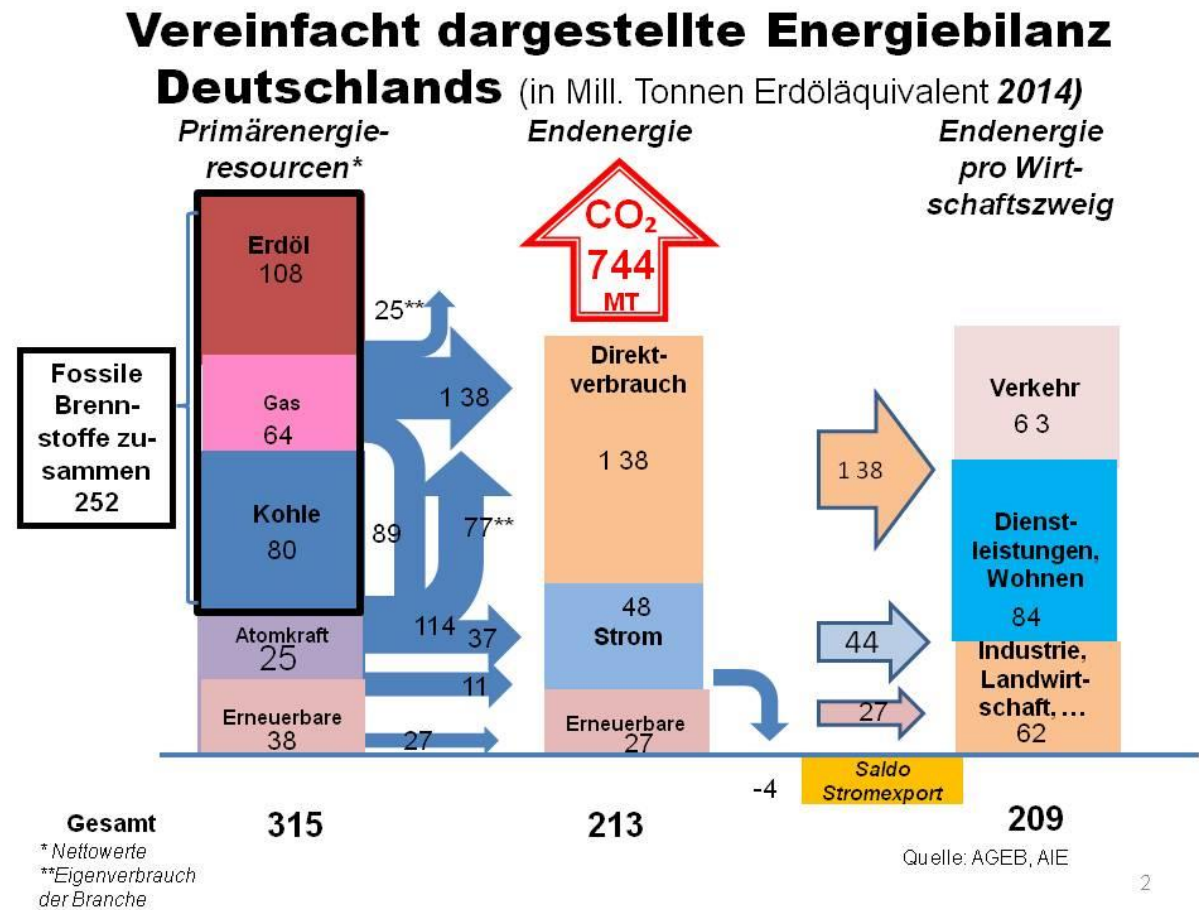
* Nettowerte
 ** Eigenverbrauch der Branche

Zahlen INSEE, AIE

Die Energiebilanz Frankreichs entspricht seit Jahrzehnten derselben Energiestrategie:

- Den Kernkraftwerken kommt innerhalb der Strategie der nationalen Energiesouveränität eine große Bedeutung zu (ca. 20% der Endenergie), was zu einem Versorgungsgrad durch Atomkraft von 27% führt - im Vergleich zu anderen europäischen Ländern ein recht hoher Wert.
- Wasserkraft und Atomenergie sind die wesentlichen Säulen bei der Erreichung des nationalen Emissionssenkungsziels, das daher durch eine hohe Verfügbarkeit dieser Produktionsanlagen unterstützt wird.
- Die Erneuerbaren Energien sollen langfristig und systematisch ausgebaut werden.

In Deutschland dagegen stellt sich die Situation ganz anders als in Frankreich dar:



Durch die in Frankreich oft verspottete deutsche *Energiewende* konnte unser Nachbar und Partner in wenigen Jahren klare Vorteile gegenüber Frankreich erzielen. Einige Vergleichszahlen:

- Deutschland hat Frankreich bei den Erneuerbaren Energien in absoluten Zahlen überholt, insbesondere bei der Wärmeenergie, bei der das Problem des Umgangs mit der schwankenden Stromerzeugung wegfällt.
- Deutschland ist vom Stromimporteur aus Frankreich (2,4 TWh) zum Exporteur (9,4 TWh)⁶ geworden, was zum Preisverfall auf den Märkten beigetragen hat. Außer in Extremfällen hat Deutschland daher nicht vor, auf den derzeitigen Wettbewerbsvorteil der Kohlekraft⁷ zu verzichten, die durch den aktuellen EU ETS-Preis begünstigt wird.

⁶ Quellen: RTE, "Energiewende im Stromsektor: Stand der Dinge 2015", Agora, Berlin 2015

⁷ S. die Rede von Sigmar Gabriel vor der Bergbau-Gewerkschaft <https://www.cleanenergywire.org/news/deep-divisions-persist-over-german-climate-plan-coal-exit>

Der Rückgriff auf fossile Energiequellen erfolgt nicht aus Abhängigkeit, sondern aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen⁸.

- c) Deutschland hat seine Energieintensität verringert. Die den Verbrauch widerspiegelnde Endenergie hat in Deutschland eine andere Entwicklung als in Frankreich genommen. Die Verlaufskurven, ausgehend vom Jahr 2000, haben sich im Jahr 2009 erstmals zugunsten unseres Nachbarn gekreuzt⁹.

An der Energiebilanz der beiden Länder erkennt man, dass die nach wie vor große Menge an Treibhausgasemissionen einerseits, und der Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Energieeffizienz bei Primärenergie andererseits nicht miteinander korrelieren. In Frankreich liegen die Pro-Kopf-Emissionen bei insgesamt 7 Tonnen CO₂-Äquivalent pro Jahr, in Deutschland bei 12 Tonnen.

Eine weitere Feststellung ist genauso unbestreitbar: Deutschland misst dem Ziel, Emissionen zu reduzieren, je nach Bereich unterschiedliche Bedeutung bei. Es bevorzugt die Erneuerbaren Energien, vor allem als Ersatz für die durch den Atomausstieg entstandene Lücke. Durch eine Politik der hohen Einheitspreise macht Deutschland auch Fortschritte auf dem Gebiet der Energieeffizienz.

Diese Vorgehensweise geht aber einher mit einer nach wie vor verheerenden Kohlenstoffbilanz sowohl auf Kosten der Umwelt als auch auf Kosten der Wirtschaft (auch der französischen): nämlich durch eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands und seiner Fähigkeit Zukunftslösungen zu finden. Aufgrund all dieser Erwägungen kann unserer Ansicht nach gesagt werden, dass die von der EU Deutschland auferlegte Verpflichtung zur Reduzierung von Treibhausgasen nicht hinreichend ehrgeizig ist.

Für die Branchen, die dem ETS-Markt unterliegen, hat sich gezeigt, dass der französische Vorschlag für einen Preiskorridor vermutlich positive Auswirkungen hätte. Für die anderen Branchen, die trotz geringerer Bedeutung für den internationalen Wettbewerb dennoch von gleicher Wichtigkeit sind, sollten ordnungs- oder steuerpolitischen Maßnahmen erlassen werden, die den CO₂-Ausstoß ähnlich teuer machen wie für die dem ETS-Markt unterliegenden Branchen.

⁸ S. Vereinbarung zwischen dem deutschen Staat, Vattenfall, RWE und Mibrag <http://www.dw.com/en/the-end-of-lignite-coal-for-power-in-germany/a-18806081>

⁹ S. INSEE, 2012 http://www.insee.fr/fr/themes/tableau.asp?reg_id=98&ref_id=Intensiteenergie

5. Strategische Überlegungen und Vorschläge für Frankreich

Wie kann Frankreich bis Ende 2030 eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 40% im Vergleich zu 1990 erreichen - wie es das französische Gesetz zur Energiewende (LTECV) vorsieht - und gleichzeitig die anderen Ziele erreichen, die es sich selbst gesetzt hat oder die es aufgrund der europäischen Regeln beachten muss?

Nach der Analyse der französischen Energiebilanz und einem Vergleich mit den besten international bewährten „best practice“ Lösungen (mit Hauptaugenmerk auf Deutschland) drängen sich folgende Bereiche für Lösungsstrategien auf:

- Verkehr und Elektromobilität¹⁰
- die dafür erforderliche Raumplanung und Raumbewirtschaftung
- Nutzung von Big Data und „ vernetzten Objekten, die ungeahnte Optimierungsmöglichkeiten bieten. Innovation
- Wärmedämmung von Gebäuden
- Austausch von Kohlenwasserstoffen durch CO₂-freien Strom

Nach der Vielzahl der von den verschiedenen französischen Regierungen beschlossenen Maßnahmen ist es nun zweifelsfrei an der Zeit, die Kosten dieser Maßnahmen zu ihrem Nutzen für die CO₂-Reduzierung in Relation zu setzen¹¹. Einige der regulatorischen Maßnahmen haben sogar gegenteilige Auswirkungen und führen zu einem Anstieg der Emissionen (*siehe Grafik am Ende*).

Im Wesentlichen müssen wir weg von der Fixierung auf die rein zahlenmäßige Reduzierung von Treibhausgasen - die Zahl allein ist nicht besonders aussagekräftig - hin zu einer Mobilisierung unserer Mitbürger und unserer Industrie. Um dies zu erreichen, müssen die gesteckten Einzelziele alle dem großen gemeinsamen Ziel dienen, zu einem besseren Leben aller Menschen auf unserem Planeten zu führen. Genauso wichtig ist es, eine gemeinsame nationale Absicht zu formulieren.

Abgesehen von der Entscheidung, unser Wirtschaftssystem und unsere städtischen Strukturen grundlegend zu ändern, ist eines ganz klar: Frankreich darf sich nicht darauf ausruhen, dass es zwar 3% des weltweiten Wohlstands (in BIP) generiert, aber nur 1% der Treibhausgasemissionen verursacht. So schmeichelhaft diese Rechnung auch ist, genügt dies allein nicht als Ziel.

Unser Land hat nach wie vor eine Verantwortung innerhalb der Gemeinschaft der Nationen, wie sich durch das Pariser Abkommen erneut gezeigt hat. Im Übrigen verfügen wir über ein breites Spektrum an Energieunternehmen auf der gesamten Wertschöpfungskette, von den großen historischen Champions wie Total, EDF, Engie, über weltweit wegen ihrer Spezialisie-

¹⁰ S. Vermerk FJJ Nr. 283 von November 2015: nachhaltige Mobilität: weg vom Erdöl im Verkehr

¹¹ S. Bericht der Generaldirektion des Schatzamtes im französischen Ministerium für Wirtschaft, Trésor-Eco Nr. 162

rung hoch angesehene Ingenieurbüros wie Technip (Erkundung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen) oder Coyne und Bellier (Hydrotechnik), bis hin zu vielversprechenden Start-ups. Sie streben eine kritische Unternehmensgröße an, die sich nach globalen Maßstäben bemisst.

Der Dialog unter den Europäern über Lösungen für den Klimawandel und die erschöpflichen Energieressourcen muss wieder aufgenommen werden. Dies veranschaulichen auch die umfangreichen Entwicklungen außerhalb Europas in so unterschiedlichen Bereichen wie der Photovoltaik, der Förderung von Erdöl aus Muttergestein, der Steuerung der Energienachfrage, der Speicherung von Elektrizität und dezentralen Systemen.

In erster Linie müssen wir eine gemeinsame deutsch-französische Position zur Reform des EU ETS-Marktes finden. Darüber hinaus könnten die beiden Länder ihr Engagement bei konkreten Projekten, vor allem im Bereich der Vernetzung, bündeln. Auch wenn die Verteilung der Lasten im Sinne der europäischen Gesetze wohl kaum vor 2020 entschieden werden wird, hindert dies Deutschland nicht daran, das ihm zugewiesene Ziel zu übertreffen – was besser wäre als die bloße Verwaltung von Verschmutzungsrechten, die diesem großen Technologieland kaum würdig ist. Auch hindert es Frankreich nicht daran, die Initiative für fortschrittliche Lösungen zu ergreifen, so wie es auch sein „Ziel 4“ (Reduzierung der Emissionen) verlangt.

Frankreich und seine europäischen Partner verfügen über technologische und personelle Vorzüge, die nicht durch Abwarten oder durch mangelnde Abstimmung vergeudet werden sollten.

* * *

Zusammenfassung der zur Diskussion gestellten Vorschläge:

- Die unverzügliche Annahme einer gemeinsamen Position von Deutschland und Frankreich für ein ehrgeiziges Ziel bei der Festlegung eines CO₂-Preises im Europäischen Emissionshandelssystem, entweder wie vorgeschlagen in Form eines Preiskorridors oder einer dynamischen Steuerung der Zuteilungen.
- Die Einführung eines europäischen Steuerungsmechanismus‘ für die nicht dem EU ETS unterliegenden Branchen, der ergebnisorientiert ist und den Staaten die Wahl der Mittel überlässt (Steuern, Gesetze usw.).
- Eine Evaluation der zahlreichen klimapolitischen Maßnahmen in jedem Land in Bezug auf ihren Beitrag zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen (sog. impliziter CO₂-Preis).
- Die Bündelung thematisch gleichliegender Maßnahmen, um anschließend nur die effizientesten beizubehalten - zunächst innerhalb jedes Landes, dann auch durch grenzüberschreitende Wirtschaftskooperationen.
- Der Aufbau einer ähnlichen Kooperation mit Großbritannien, die sich hauptsächlich auf die Atomindustrie und hier insbesondere auf den Bereich der Aufsichtsbehörden bezieht.